

Im Treibhaus sind nicht alle gleich

Von Bernhard Pötter

Opfer und Profiteure des Klimawandels sind bekannt. Täter und Blockierer benennt die Politik dagegen nur ungern. Solange nicht offen über Interessen und Verantwortung diskutiert wird, bleibt der Klimawandel eine menschengemachte Katastrophe, die neue Ungerechtigkeiten und Konflikte schafft.

— Auch wenn der Trauerschnäpper immer pünktlich kommt – inzwischen kommt er zu spät. Jedes Jahr kehrt der kleine Zugvogel, der im holländischen Nationalpark Hoge Veluwe bei Arnheim brütet, pünktlich aus dem Süden zurück. Doch wegen des mildereren Klimas schlüpfen die Raupen immer früher und der Trauerschnäpper findet immer weniger Nahrung für seine Brut.

70 Kilometer südöstlich der Hoge Veluwe herrscht dicke Luft. Im rheinischen Braunkohlegebiet zwischen Köln und Aachen liegt Niederaußem. Das Braunkohlekraftwerk dort führt die Rangliste der „klimaschädlichsten Kraftwerke Deutschlands“ an, die das Öko-Institut ermittelt hat. (1) Nachbarn sind Kraftwerke wie Frimmersdorf, Weisweiler oder Neurath – alle ebenfalls an der Spitze der Liste. Insgesamt ballen sich am Niederrhein 14

der 30 klimaschädlichsten Kraftwerke Deutschlands.

50 Kilometer südwestlich von Arnheim dagegen zeigt der Baukonzern Dura Vermeer stolz seine schwimmenden Häuser: Die modernen und schicken Holzbauten dümpeln in einem Seitenarm der Maas, bieten ihren Bewohnern einen weiten Blick aufs Wasser, einen Bootsanlieger statt eines Parkplatzes und einen sicheren Platz bei Überschwemmungen. Und der Baukonzern investiert in ein Geschäftsfeld mit Auftrieb.

Unpolitische Debatte

Die Beispiele zeigen: Beim Klimawandel liegen Opfer, Täter und Profiteure oft dicht nebeneinander. Die globale Erwärmung und ihre regional sehr verschiedenen Auswirkungen verändern jetzt und in den nächsten Jahrzehnten die Ökologie, die Wirtschaft und das Zusammenleben der Menschen. Das ist bekannt. Neu ist, dass sich im Zuge des Klimawandels auch die Frage nach Gerechtigkeit und Verantwortlichkeiten stellt. Denn über die Opfer und Verlierer des Klimawandels klagen inzwischen alle. Über Profiteure und Gewinner wird auch gesprochen. Doch von Tätern wird in der politischen Debatte laut geschwiegen. Die Debatte um den Klimawandel ist seltsam unpolitisch. Wenn wir uns die Mühe machen, genau hinzusehen, erkennen wir an ausgewählten Orten der Erde die ersten Anzeichen für schwerwiegende Verfehlungen in der Energie- und Ressourcenpolitik, bei der Versorgung mit Lebensmitteln, bei Flüchtlingsströmen



und Konflikten. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung warnt vor zunehmenden „Spaltungs- und Konfliktlinien in der internationalen Politik“ (vgl. S. 34 ff.). (2) Werde der Klimawandel nicht entschärft, so die Expert(inn)en in einem aktuellen Gutachten, erwachse daraus „eine neue Qualität von Destabilisierung und Gewalt“. Seit Jahren predigt der ehemalige Chef des UN-Umweltprogramms UNEP, Klaus Töpfer, Klimawandel sei „eine Aggression des Nordens gegen den Süden“ (vgl. S. 68 ff.). – Was folgt daraus? Werden die Schuldigen ermittelt? Werden sie zum Schadenersatz verpflichtet? Im Gegenteil: Sie werden mit Gesetzen geschützt, mit Subventionen belohnt und mit wertvollen Emissionszertifikaten überhäuft.

Wer hat Schuld?

Anders als sonst üblich, vermeiden wir peinlich jede Suche nach einem Sündenbock. Schuld am Klimawandel sind je

nach ideologischem Blickwinkel entweder „die Industriestaaten“ oder „die Wirtschaft“ oder „wir alle“. Adressaten, die unscharf und allgemein genug benannt sind, dass man sie gefahrlos nennen kann. Ähnlich wie bei der Triviale Kritik an der Globalisierung, sie nütze dem Norden und schade dem Süden, ignorieren wir auch beim Klimawandel, dass die Interessenlagen sehr unterschiedlich sind. Kann man sich vorstellen, dass wir etwa über die Probleme im Gesundheitssystem

Gestaltungsmacht nahm –, sollen wir uns auch beim Klima Sand in die Augen streuen lassen. Der Klimawandel, so die unausgesprochene Übereinkunft, kommt über uns wie eine Naturkatastrophe. Von uns allen – und daher von niemandem – verursacht, müssen wir zu seiner Bekämpfung alle an einem Strang ziehen. Das Gegenteil ist richtig: Der Klimawandel ist eine von Menschen gemachte Katastrophe, und die großen globalen Anstrengungen, die für seine Abschwä-

wirtschaftsminister die Steinkohle repräsentiert und Dutzende von Ministerpräsidenten, Abgeordneten und Bürgermeistern auf die Unterstützung der Kohle- oder Atomenergie angewiesen zu sein glauben. Man kann mit gutem Recht darüber diskutieren, welche „dreckigen Deals“ beim Klimaschutz vertretbar sind. Sollen etwa die Laufzeiten der AKWs verlängert werden, wie es in der Industrie gefordert wird, wenn die dadurch entstehenden Gewinne in erneuerbare Energien investiert würden – was einerseits den Regenerativen einen Schub nach vorn bringen und gleichzeitig den vormals ungeliebten Energiekonzernen eine Zukunft mit sauberen Energieträgern ermöglichen würde?

Die Vorbedingung für solche Entscheidungen aber ist eine Debatte über Interessen und Verantwortung, die es momentan nicht gibt. Die Machtfrage beim Klimaschutz muss schon deshalb gestellt und beantwortet werden, weil es nicht mehr darum geht, wie, sondern nur noch mit wem oder gegen wen ein Umbau der Energieerzeugung möglich ist. Die technischen Optionen für massive Effizienzsteigerungen, für einen schrittweisen Übergang zu 50-, 80-, ja 100-prozentiger Versorgung durch erneuerbare Energien liegen seriös gerechnet längst vor. (3) Ähnlich wie inzwischen die Wissenschaft zum Klimawandel allgemein akzeptiert ist, heißt das Gegenargument zu diesen Plänen auch nicht „technisch nicht machbar“, sondern „politisch nicht durchsetzbar“. Das aber ist eine Bankrotterklärung der Politik, die sich kampfflos den Argumenten der Lobby derer unterwirft, die „Augen zu und weiter so“ propagieren.

Der Frontenverlauf

Der vielleicht gefährlichste Irrglaube in diesem Zusammenhang ist die Idee, auch der Klimawandel ließe sich mit Win-win-Optionen in den Griff bekommen. „Grüner Kapitalismus“ allein wird das Problem nicht lösen. Saubere Kohlekraftwerke, höheres Innovationstempo, der Umbau der Industriegesellschaft: alles schön und gut. Aber wenn ansons-



– Heizer und Verheizte im globalen Treibhaus. Scheitert der Klimaschutz an der Harmoniesucht der Politik?

tem nur aus dem Blickwinkel der Geschädigten reden und die Verantwortlichkeiten vergessen? Dass uns nur interessiert, wie wir den Konkurs einer Krankenkasse mit öffentlichen Mitteln verhindern, aber nicht über die Praktiken der Pharmaindustrie diskutieren, nicht über den Einfluss ihrer Lobbyverbände und die Verschreibungspraxis der Ärzte – und wie man diese Fehlentwicklungen eindämmen könnte?

Unser Verständnis vom Klimawandel als „einer der größten Herausforderungen unserer Zeit“ (Kofi Annan) wird von wolkigen Allgemeinplätzen und von der Harmoniesucht der Politiker getrübt. Ähnlich wie bei der Debatte um den Begriff „Nachhaltigkeit“, der irgendwo zwischen UN-Konferenz und BMW-Geschäftsbericht verpufft ist oder dem Atomausstieg, der „nur im Konsens“ möglich sein sollte – und mit der sich die Politik jede

chung nötig sind, werden wir nur schaffen, wenn klar ist, wer die Verantwortung trägt, wer für die Hilfe zahlt und wem die Hilfe gelten.

Die Politik macht gern immer wieder den gleichen Fehler: die Gegner nicht zu benennen. Renate Künasts „Agrarwende“ blieb unter anderem stecken, weil die grüne Landwirtschaftsministerin nie offen zur Jagd auf die Allianz von Großbauern, Landwirtschaftslobby, Agrarindustrie und Forschungseinrichtungen aufrief, die das System der konventionellen Landwirtschaft zu ihren Gunsten aufgebaut haben. Wer also vom Klimaschutz redet, darf von den Klimakillern nicht schweigen, der Allianz von Blockierern und Verzögerern, von den Profiteuren des fossilen Zeitalters. Die Aufgabe wird nicht einfacher, wenn ein gerade abgewählter Kanzler bei einem Gasriesen anheuert, ein ehemaliger Bundes-



Wann läuft Ihr CO₂-Rechner heiß?

Wenn ich in den Billigflieger steige, um in Deutschland Vorträge über den Klimawandel zu halten. Seltsamerweise erleichtert es mein Klimagewissen nicht, in Paris mit CO₂-freiem Atomstrom zu kochen.

Zum Autor

Bernhard Pötter, geb. 1966, war zwölf Jahre lang Umweltredakteur bei der tageszeitung taz in Berlin. Derzeit lebt er als freier Journalist und fest angestellter Vater in Paris. Er schreibt an einem Reportagebuch zum Thema „Opfer, Täter und Profiteure des Klimawandels“, das 2008 im oekom verlag erscheint.

Kontakt

Bernhard Pötter
11, Allee du Maréchal Foch
F-92210 St. Cloud
Fon ++33/(1)46 02 66 41
E-Mail bernhardpoetter@web.de

ten alles beim Alten bleibt, ist das nicht genug. Der Klimawandel und seine Bekämpfung präsentiere für die deutsche Wirtschaft „mehr Chancen als Risiken“, sagt ein aktuelles Gutachten von „db research“, dem Analysezentrum der Deutschen Bank. (4) Eine gute Nachricht, weil die Wirtschaft am Klimaschutz verdienen kann? Oder eine schlechte Nachricht, weil sich die Strukturen nicht ändern müssen?

Das ist kein moralischer Vorwurf an den Dachdeckermeister, der in Zukunft nach häufigeren Stürmen „Sonderkonjunkturen“ in seinen Büchern vermerken kann oder an Betriebe, die kräftig Windkraftanlagen „made in Germany“ exportieren. Sie sind Profiteure des Wandels, denen nichts vorzuwerfen ist – ebenso wie etwa den Klimawissenschaftler(inne)n, die jetzt massiv und völlig zu Recht öffentliche Gelder für Forschungsprojekte bewilligt bekommen. Doch eine Politik, die diesen unaufhaltsamen Wandel gestalten will, muss klar unterscheiden, wo die Fronten verlaufen und darf nicht alles mit Konsenssoße zuleistern. Sie muss sehen, dass es für den Trauerschnäpper, den Farmer in Mali, aber auch für die Waldarbeiter in Bayern, die immer häufiger von Zecken befallen werden, eben keine Win-win-Situation gibt, sondern Nachteile und Gefahren, die ihre Existenz bedrohen und durch menschliches Verhalten entstanden sind. Und sie muss klarstellen, dass der Betrieb von Kohlekraftwerken, der ungebremste Auto- und Flugverkehr, die Rodung der Regenwälder für billiges Fleisch nicht mehr zu akzeptieren sind – und mit einem strikten Fahrplan zur massiven Reduzierung oder zum Ausstieg versehen werden müssen.

Einheizen oder verheizen

Eine der schwierigsten Anforderungen an die Politiker in Zeiten des Klimawandels – und das heißt, für die nächsten Jahrzehnte – wird es sein, hier einen Interessenausgleich zu organisieren. Auf nationaler und internationaler Ebene etwa sind Fonds denkbar, in die Ver-

schmutzer einzahlen und aus denen Entschädigungen und Anpassungsmaßnahmen finanziert werden. Der Begriff Gerechtigkeit wird eine unerwartete Renaissance erleben. Neben der Chancengleichheit oder der sozialen Gerechtigkeit werden wir intensiver über „Klimagerechtigkeit“ diskutieren – nicht nur bei Entschädigungen für Flutopfer oder bei Dürreopfern, sondern auch bei der Frage, wann Versicherungen klimatisch bedingte Gesundheitsschäden anerkennen oder welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, einen Menschen neben politischer Verfolgung auch dann als Flüchtling anzuerkennen, wenn er wegen Klimaschäden dauerhaft seine Heimat verlassen muss.

Die Bedingung dafür ist, dass Klimapolitik so behandelt wird wie andere Politikfelder zumindest im Idealfall funktionieren: mit einer offenen Abwägung von Interessen und einem transparenten Ausgleich zwischen Opfern, Tätern und Profiteuren des Strukturwandels. Dafür braucht es Informationen über Lebensbedingungen der Opfer, Geschäftspraktiken der Täter und die Freuden der Profiteure sowie mögliche Auswege. Und es braucht die Einsicht, dass im Treibhaus nicht alle gleich sind: Manche sterben am Hitzschlag, während andere einfach die Klimaanlage höher drehen. Manche heizen ein. Und andere werden verheizt. —

Anmerkungen

- (1) Öko-Institut (2007): Dirty Thirty. Ranking of the most polluting power stations in Europe. Im Auftrag des WWF.
- (2) Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen – WBGU (2007): Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin, Heidelberg.
- (3) Eutech, Greenpeace (2007): Klimaschutz: Plan B. Nationales Energiekonzept bis 2020. Aachen. Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrttechnik (2006): Trans-Mediterraner Solarstromverbund. Stuttgart. Im Auftrag des Bundesumweltministeriums.
- (4) Deutsche Bank Research (2007): Klimawandel und Branchen: Manche mögen's heiß. Frankfurt.